

Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Archiv-Version



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Christina Brauner

WIE POLITISCH KANN, SOLL UND MUSS GESCHICHTSSCHREIBUNG SEIN?

Teil 3

DOI: 10.14765/zzf.dok-2515

Christina Brauner, Wie politisch kann, soll und muss Geschichtsschreibung sein?. Teil 3, Archiv-Version des ursprünglich auf dem Portal Zeitgeschichte|online am 06.09.2022 erschienenen Beitrags: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/christina-brauner-teil-3-wie-politisch-kann-soll-und-muss-geschichtsschreibung-sein>

Dieser Text ist Teil des Dossiers „Geschichtliche Grundfragen“, Hg. von Ulrike Schaper, Matthias Pohlig und Rüdiger Graf. Veröffentlicht auf Zeitgeschichte|online seit dem 27.06. 2022. URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/geschichtliche-grundfragen>

zeitgeschichte | online

Copyright © 2023 Clio-online – Historisches Fachinformationssystem e.V. und Autor/in, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist zum Download und zur Vervielfältigung für nicht-kommerzielle Zwecke freigegeben. Es darf jedoch nur erneut veröffentlicht werden, sofern die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Dies betrifft auch die Übersetzungsrechte. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>. Für die Neuveröffentlichung von Bild-, Ton- und Filmmaterial, das in den Beiträgen enthalten ist, sind die dort jeweils genannten Lizenzbedingungen bzw. Rechteinhaber zu beachten.

Wie politisch kann, soll und muss Geschichtsschreibung sein?

Teil 3

Christina Brauner, 06. September 2022

*Dieser Text ist eine Verschriftlichung des Eingangsstatement von Christina Brauner bei der Diskussionsreihe "Geschichtliche Grundfragen". Die von Rüdiger Graf (ZZF), Matthias Pohlig (HUB) und Ulrike Schaper (FU Berlin) initiierte Veranstaltung fand im Winter- und Sommersemester 2021/22 im online-Format statt. **Zeitgeschichte** |online veröffentlicht die Eingangsstatements der Veranstaltung in einem Dossier. Die Vorträge wurden bis auf wenige Ausnahmen von der Audioaufnahme transkribiert und überarbeitet, dabei wurde Wert darauf gelegt, die rein sprachliche Form der Statements beizubehalten.*

Geschichtliche Grundfragen

Teil III

Wie politisch kann, soll und muss Geschichtsschreibung sein?

Diskussion am 26. Juni 2022 (online)

Eingangsstatement von Christina Brauner (Universität Tübingen)

Ich beginne andersherum: wie könnte eine unpolitische Geschichtswissenschaft aussehen? Könnten wir nur noch über Manschettenknöpfe forschen, und das ausschließlich antiquarisch? Müssten (dürften?) wir auf präsidiale Ansprachen bei künftigen Historiker*innentage verzichten? Hätten alle Fachvertreter*innen ihre Plätze in Talkshows und Zeitungskolumnen zu räumen?

Wenn es so einfach wäre. Wir haben gelernt – und nicht erst seit gestern –, dass man mit Manschettenknöpfen durchaus Politik treiben kann, auch der Antiquar seine Interessen verfolgt, dass – for the better or the worse – nicht nur gewählte Amtsträger mit dem befasst sind, das alle angeht, und schließlich dass auch Ausladungen und Abwesenheiten politische

Statements sind. Offenkundig ist Politik nicht nur da, wo Politik draufsteht, nicht nur da, wo Adler am Rednerpult prangen oder Grundsatzfragen explizit debattiert werden. Vielmehr wirkt Politik auch dort, wo sie nicht explizit, wo sie unsichtbar und alltäglich ist.

Das ruft Definitionsfragen auf, über die ein Oberseminar für den Rest des Semesters füglich streiten könnte. Und was könnte Diskussionen zuträglicher sein als Widerspruch? Ich werde drei Thesen diskutieren, die bereits eine Portion Widersprüchlichkeit mitbringen:

1. Es gibt keine unpolitische Geschichtswissenschaft.
2. Wo um „Politisierung“ gestritten wird, geht es auch um die Grenzen des historiographischen Feldes selbst.
3. Geschichtswissenschaft kann und sollte so politisch sein, dass sie sich mit der Gegenwart verändern kann.

Dahinter steckt, ganz unlehrbuchmäßig, mehr als eine Definition von Politik – allerdings steckt in der gedrittelten Aufgabenstellung, die Ulrike Schaper, Matthias Pohlig und Rüdiger Graf formuliert haben, ja auch mehr als eine Frage und mehr als eine Perspektive auf das Problem. Wir operieren im Sumpf zwischen Sein und Sollen, Können und Müssen, Deskriptivem und Normativem, in dem Dogmen und übertriebener Terminologismus den Blick auf die entscheidenden Unterschiede nur verstellen. Ich erlaube mir also fortzufahren, mit ein paar gezielten Widersprüchen, aber auch mit einiger Überzeugung.

1. Das Versprechen der Distanz

Die Intuition, die mir die Veranstalter*innen mit auf den Weg gegeben haben, lautete: Die Vormoderne ist unpolitisch(er). Ich glaube das nicht. Ich glaube aber, dass es wichtig ist, über diese Intuition nachzudenken – denn sie adressiert auch und gerade das Problem der Unsichtbarkeit wie Ubiquität von Politik.

Zeitliche Distanz bedeutet weder Neutralität noch Emotionslosigkeit. Blickt man in klassisch genealogischer Manier auf die Anfänge der professionalisierten Geschichtswissenschaft zurück, so war sie bekanntlich Legitimationswissenschaft, Legitimitätslieferantin für den sich formierenden Nationalstaat. In Deutschland, und nicht nur dort, spielte das, was man heute „Vormoderne“ nennt, dafür eine zentrale Rolle. Insbesondere die Mittelalterforschung war

von entscheidender Bedeutung für die Professionalisierung der Disziplin wie für das nationale Legitimationsunternehmen.[1] Und das wirkt weiter: in dem berüchtigten Anhang zur Tübinger Lehramtsprüfung-Ordnung, der das „Europa im Zeichen des hegemonialen Kaisertums der Ottonen und Salier“ zum zentralen Orientierungswissen der Mittelalterlichen Geschichte erhebt, in der Ordnung von Bibliotheken und der Organisation von Fachgesellschaften, in der Konfiguration von Hilfsmitteln und dem Aufbau von Quelleneditionen. An der mühsamen und bis heute andauernden Auseinandersetzung mit den Hinterlassenschaften des methodologischen Nationalismus zeigt sich: Selbstverständlich werden ist ein, vielleicht sogar das Signum erfolgreicher Politik.

Die Intuition von der unpolitischen Vormoderne führt aber auch zu einer grundsätzlicheren Reflexion, ist sie doch eng verknüpft mit einem zentralen Dispositiv moderner Wissenschaft und Wissenschaftlichkeit: Distanz schafft Objektivität. Wer allzu „nah dran“ ist, so suggeriert dieses Dispositiv, verliert das große Ganze aus dem Blick, neigt zu Singularisierung des Gegenwärtigen, mehr noch: läuft Gefahr, sich zur Partei zu machen. Das Versprechen der Distanz ist nicht allein Privileg der Vormoderne-Historiker*innen, es bezeichnet vielmehr ein Grundversprechen der Geschichtswissenschaft insgesamt. In Anträgen findet sich dies gern in die Formel des „In-Perspektive-Rückens“ gegossen, manchmal gar mit zarten Hinweisen auf mögliches Lernpotential verbunden.[2]

An dieser Bewegung der Distanznahme ist etwas dran – jedenfalls wenn wir Geschichtswissenschaft nicht nur als lineare Vorgeschichte, sondern als komplexere Genealogie der Gegenwart betreiben und als Möglichkeitswissenschaft denken. Mehr noch: Ich bin nicht umsonst von einer durch den Geschichtswettbewerb angefixten Zeithistorikerin zur Frühneuzeitlerin mit mediävistischen Neigungen konvertiert – ich glaube, dass Auseinandersetzung mit diesen scheinbar fernen Zeiten wichtig ist. Jenseits von Musterbuch, Alterität und fernem Spiegel als „Entselbstverständlichungsapparat“ betrieben, kann die „Vormoderne“ gerade das Politische am scheinbar Unpolitischen sichtbar machen. Jedenfalls dann, wenn sie mit der Dichotomie beginnt, die sie selbst konstituiert: was ist eigentlich die „Vormoderne“, wenn wir vielleicht nie modern gewesen sind?[3]

Auch der Blick aus der Distanz kommt von einem bestimmten Ort. Das ist Kernbestand der Historik à la Chladenius, Droysen, Koselleck und fast schon trivial.[4] „Standortgebundenheit“ ist kein neues Phänomen – der Raum aber, in dem sie verhandelt wird, ist ein anderer geworden. In diesem Zuge ist das Nachdenken über Positionalität und Relationalität, über die

„politics of perspectives“ und das Verhältnis von Wissen und Macht ins Zentrum von Auseinandersetzungen gerückt. Dies hat etwas damit zu tun, dass die Koordinaten des Selbstverständlichen verschoben, Hegemonien uneindeutiger, Orte und Formen der Kritik vielfältiger geworden sind. Es hat auch etwas damit zu tun, dass wissenschaftliche Debatten in einer vernetzten Welt stattfinden, in der die Dissonanz von „race“ und „Rasse“ nicht mehr begriffsgeschichtliche Übung, sondern wissenschaftspraktisches Problem ist.[5] Der vielleicht entscheidendste Unterschied aber liegt darin, dass das Versprechen der Distanz selbst in Frage gestellt ist, ja dass Distanz verdächtig wird – als Privileg des „detachment“, als hegemoniale Geste, nicht als Antidot zu, sondern als Verschleierung von Politik. „Nicht nah genug dran sein“ kann zum Problem werden.

2. Geschichte und Politik, von der Grenze her

Politik ist nicht nur unsichtbar. „Politik“ ist auch Gegenstand lautstarker, wortgewaltiger Auseinandersetzungen – besonders wenn „die anderen“ sie machen und dabei unzulässigerweise „die Sache“ mit „Meinungen“ oder gar mit „Moral“ vermischen. Wann und wie aber wird die Frage, ob und wie Geschichtswissenschaft politisch ist, eigentlich gestellt – und warum? Welche Funktion hat die Unterscheidung von „politisch“ und „unpolitisch“? Werfen wir einen exemplarischen Blick auf den Essay von Hans-Ulrich Wehler über die alternativkulturellen „Barfußhistoriker“ und die Fortschrittskritik der Alltagsgeschichte, so zeigt sich: Solche Unterscheidungen können Waffen im Kampf um die Grenzen eines Feldes sein und dienen der (Re)Konstitution seiner Struktur.[6] Und wie der Fall Wehler ebenfalls zeigt, können sie dies auch in den Händen derjenigen sein, die sich – zumindest ihrem Selbstverständnis nach – dem Programm einer kritischen Geschichtswissenschaft verschrieben haben. Bei Wehler ging es deshalb nicht nur um die Unterscheidung von „politisch“ und „unpolitisch“, sondern vor allem um die richtige Art des „Politischen“: um eine Verteidigung vernunftgeleiteter „historischer Werturteile“ gegen identitätsgeschwängerte „Verklärung“ und emotionsgeladenes „Mitleiden“. Wehlers Kritik an der Fortschrittskritik, seine Vorbehalte gegenüber der vermeintlich partikular-generationsspezifischen Erfahrung der „Öko-Krise“ und seine Warnung vor einer „globalen Verlustgeschichte“ sind nicht allzu gut gealtert.[7] Die Grenzpfähle hingegen, die er einzuschlagen versucht hat, sind auch aus dem Repertoire jüngerer Auseinandersetzungen wohl vertraut.

Der Streit um die Unterscheidung von „politisch“ und „unpolitisch“ prägt die Geschichte der Geschichtswissenschaft. Es ist ein Streit, der Generationslagen und Methodenfragen, Gegenstände und Werturteile, Engagements und Erkenntnisinteressen betreffen kann, ein Streit, der so immer wieder mit Grundfragen und Grenzen des Fachs verbunden ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn es um die Erweiterungen des historiographischen Felds oder – mit Natalie Zemon Davis gesprochen – die „Dezentrierungsbewegungen“ geht, die die Geschichte in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat. Es geht ebenso darum, wer Subjekt von Geschichte sein kann, wie darum, was „geschichtsmächtig“ ist und war und sein kann.[8] Die Dezentrierung der Geschichte führt so auch an die Grenzen der Archive, zum Schweigen der Überlieferung und zu den blinden Flecken der Zentralperspektive. Sie streut Sand ins Getriebe des wissenschaftlichen Normalbetriebs, dessen eigene Legitimation dabei zum Problem werden kann. Die Erweiterungsbewegungen wiederum rekurrieren logischerweise auch auf normative Ressourcen, die außerhalb des Feldes liegen, um dessen Transformation es geht. Es sind solche Momente, in denen die Unterscheidung von „politisch“ und „unpolitisch“, von „Sache“ und „Moral“ selbst Instrument von Politik wird. Es sind Momente – das sollte man bei aller Begeisterung für das Verhältnis von Semantik und Sozialstruktur nicht vergessen –, in denen um Macht und Ressourcen gerungen wird. Und es sind Momente, in denen überdeutlich wird, dass Geschichte in der Gegenwart betrieben wird.

3. Geschichte / Gegenwart

Was aber heißt das, Geschichte in der Gegenwart betreiben? Auch hier setzt Unterscheidungshandeln an: Eine allzu starke Gegenwartsorientierung von historischer Forschung gilt manchen entweder polemisch-brachial als „modisch“ oder konzeptionell-verbrämt, aber nicht weniger pejorativ als „Präsentismus“. Der „Präsentismus“, als Anwendung von Kategorien und Interessen, gar von Standards und Werten der Gegenwart, führt seinen Verächtern zufolge zu nichts weniger als der historischen Todsünde an sich: dem Anachronismus, der schlimmstenfalls in einen moralischen Hochmut der Spätgeborenen (temporal superiority) mündet.[9] Angesichts von so viel Aufregung haben nüchternere Köpfe darauf hingewiesen, dass Präsentismus in verschiedenen Spielarten existiert, von denen jene, die man als epistemologische beschreiben kann, kaum weniger hintergebar sind als die bereits erwähnte „Standortgebundenheit“.[10] Andere wie Miri Rubin plädieren gar

programmatisch für einen bewussten, einen kontrollierten Anachronismus und einen Dialog zwischen Gegenwart und Vergangenheit.[11]

Ich nehme die Globalgeschichte und ihre gegenwärtigen Häutungen als Beispiel: Die Globalgeschichte ist und war eine Geschichte für die Gegenwart – eine Geschichte, die – zu Recht! – die Persistenz nationaler Kategorien wie eines universalistischen Eurozentrismus als unzeitgemäß angeprangert hat. Das heißt aber auch: Sie ist in eine Zeitdiagnose eingebettet, eine Zeitdiagnose, die wie alle (fast alle?) Zeitdiagnosen ein Verfallsdatum hat – und bei der optimistischen Globalisierungserzählung eines „one-worldism“ ist dies gegenwärtig nur allzu offenkundig. Dass die Globalgeschichte verstrickt ist in Globalisierungsnarrative und zu oft dem Kult der Konnektivität und Zirkulation gehuldigt hat, bedeutet freilich nicht, dass ihr kritisches Anliegen wie ihr methodisches Programm hinfällig wären.[12]

Vielmehr lässt sich fragen: Inwiefern ist Historisierung politische Praxis? Bleiben wir bei dem Beispiel: im laufenden Revisionsprozess der Globalgeschichte finden sich wiederholt Plädoyers für eine Historisierung von Globalität. Diese verweisen auf zweierlei: zum einen geht es darum, die politischen, nicht zuletzt neoliberalen Verstrickungen moderner Globalismen aufzuzeigen (eben auch der Globalgeschichte selbst!), zum anderen aber auch um eine Rekonstruktion von alternativen Weltentwürfen, inner- wie außerhalb der europäischen Moderne.[13] Eine solche Historisierung ist in der Gegenwart verankert und zielt zugleich auf einen Freiraum zu deren Kritik – sie erhellt die Gewordenheit dieser Gegenwart und macht sie als Produkt von menschlichem Handeln sichtbar. Genau darin liegt das Potential von Geschichtswissenschaft als Möglichkeitswissenschaft, als Wissenschaft, die die Gegenwart eben nicht nur als geworden, sondern auch als Ort gegenwärtiger und künftiger Möglichkeiten, vor allem aber: als Ort des Handelns begreift – eines Handelns nicht aus freien Stücken, aber immer noch unseres eigenen. Das bedeutet auch: es geht um die Urteile von Historikerinnen und Historikern, nicht um das „Urteil“ oder gar das „Gebot der Geschichte“.[14]

Wissenschaft kann Wissen über die Welt in einem besonderen Modus produzieren: dem der Reflexivität. Das bedeutet, Rechenschaft abzulegen über Voraussetzungen und Vorurteile, Erkenntnisbedingungen und Erkenntnisinteressen, über die Effekte von Wissensorganisation und Erkenntnisverfahren für Wissensproduktion nachzudenken. Solche Reflexionen machen Wissen nicht unbedingt besser. Sie eröffnen aber Möglichkeiten zur Verständigung über

konkurrierendes Wissen und andere Wahrheiten – und zur Veränderung der eigenen. Genau darin liegt auch eine Antwort auf die gestellte Frage: Geschichtswissenschaft kann und sollte so politisch sein, dass sie sich in der und mit der Gegenwart verändern kann – und dass sie der Gegenwart etwas zu sagen hat.

Literatur

[1] Aus der Fülle der Literatur: Peter von Moos, Gefahren des Mittelalterbegriffs. Diagnostische und präventive Aspekte, in: Joachim Heinzle (Hrsg.), *Modernes Mittelalter. Neue Bilder einer populären Epoche*, Frankfurt a. M. 1999, 33-63; Otto Gerhard Oexle, Die Moderne und ihr Mittelalter. Eine folgenreiche Problemgeschichte, in Peter Segl (Hrsg.), *Mittelalter und Moderne. Entdeckung und Rekonstruktion der mittelalterlichen Welt. Kongreßakten des 6. Symposiums des Mediävistenverbandes in Bayreuth 1995, Sigmaringen 1997*, 307–364.

[2] Vgl. Carlo Ginzburg, *Holzaugen. Über Nähe und Distanz*, übers. von Renate Heimbucher, Berlin 1999 [EA 1998], bes. Kap. 1, 2 und 7.

[3] Zum Problem aus verschiedenen Perspektiven: Wolfgang Knöbl, Die Epoche, die es nicht gab. Wie die Sozialwissenschaften die Moderne erfanden. In: *Mittelweg* 36 29(2020), 47-79; Caroline Arni, Nach der Kultur. Anthropologische Potentiale für eine rekursive Geschichtsschreibung, in: *Historische Anthropologie* 26 (2018), 200-223; Thomas Kohl / Steffen Patzold, Vormoderne – Moderne – Postmoderne? Überlegungen zu aktuellen Periodisierungen in der Geschichtswissenschaft, in Thomas Kühnreiter / Gabriele Schichta (Hrsg.), *Kontinuitäten, Umbrüche, Zäsuren. Die Konstruktion von Epochen in Mittelalter und früher Neuzeit in interdisziplinärer Sichtung*, Heidelberg 2016, 23–42.

[4] Immer wieder lesenswert: Reinhard Koselleck, *Standortbindung und Zeitlichkeit. Ein Beitrag zur historiographischen Erschließung der geschichtlichen Welt*, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M. 1979, 176-207; Johann Gustav Droysen: *Grundriß der Historik (1857/8)*, in: ders., *Historik*, Bd. 1, hrsg. von Peter Leyh, Stuttgart/Bad Cannstatt 1977, 395-411.

[5] Zwei Schlaglichter auf dieses Problem: die Rezeption der angloamerikanischen Debatte um „race“ in der europäischen Migrationsforschung diskutiert Kijan Espahangizi, [Wer waren die N***** Europas? Der 50. Jahrestag der „Schwarzenbach-Initiative gegen Überfremdung“ in der Schweiz und die antirassistische Protestbewegung in den USA](#), in: *Geschichte der Gegenwart*, 07.06.2020, [zuletzt besucht am 10.05.2022]. In der Debatte um Geraldine Hengs *The Invention of Race in the European Middle Ages* (Cambridge 2018) wird neben Übersetzungsfragen auch Anachronismus als wissenschaftspraktisches und -politisches Problem verhandelt. Vgl. die bedenkenswerten Beiträge von Juliane Schiel, Rezension zu: Heng, [The Invention of Race in the European Middle Ages](#), *H-Soz-Kult*, 22.01.2020, [zuletzt besucht am 08.05.2022] und Vanita Seth, *The Origins of Racism. A Critique of the History of Ideas*, in: *History and Theory* 59/3 (2020), 343–368.

[6] Für den methodischen Ansatz: Thomas F. Gieryn, *Boundary-Work and the Demarcation of Science from Non-Science: Strains and Interests in Professional Ideologies of Scientists*, in: *American Sociological Review* 48 (1983), 781–795.

[7] Hans-Ulrich Wehler, [Geschichte – von unten gesehen. Wie bei der Suche nach dem Authentischen Engagement mit Methodik verwechselt wird](#), in: Die Zeit, Jg. 1985, Nr. 19, [zuletzt besucht am 08.05.2022].

[8] Natalie Zemon Davis, Decentering History. Local Stories and Cultural Crossings in a Global World, in: History and Theory 50,2 (2011), 188–202.

[9] So Lynn Hunt, [Against Presentism, Perspectives on History](#). The Newsmagazine of the American Historical Association, Mai 2002, [zuletzt besucht am 08.05.2022].

[10] Vgl. David Armitage, [In Defense of Presentism](#), in Darrin M. McMahon (Hrsg.), History and Human Flourishing, Oxford [im Druck], [zuletzt besucht am 10.05.2022].

[11] Siehe Miri Rubin, Presentism’s Useful Anachronisms, in: Past & Present 234, 1 (2017), 236-244; ebenso anregend wie rätselhaft: Jacques Rancière, [The Concept of Anachronism and the Historian’s Truth](#) (English translation), in: InPrint 3,1 (2015), 21-48, [zuletzt besucht am 10.05.2022].

[12] Zur Kritik u.a. Stefanie Gänger / Jürgen Osterhammel, Denkpause für Globalgeschichte, in: Merkur 855 (2020), 79-86; Jürgen Osterhammel, Von einem hohen Turm? Weltgeschichte und Gegenwartsdiagnose, in: ders., Die Flughöhe der Adler. Historische Essays zur globalen Gegenwart, München 2017, 203; Frederick Cooper, Globalization, in: ders. (Hrsg.), Colonialism in Question. Theory – Knowledge – History, Berkeley 2005, 91-112, 93; Geoff Eley, Historicizing the Global, Politicizing Capital. Giving the Present a Name, in: History Workshop Journal 63, 1 (2007), 154-188, 158. Vgl. auch Olaf Bach, Ein Ende der Geschichte? Entstehung, Strukturveränderungen und die Temporalität der Globalisierungssemantik seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68, 1 (2020), 128-154.

[13] Vgl. dazu ausführlicher mit weiterer Literatur Christina Brauner, Das „globale Mittelalter“ und die Gegenwart der Geschichtswissenschaft, in: traverse 28/2 (2022), Themenheft: Vormoderne postkolonial? [im Druck].

[14] Wie in gewissen Offenen Briefen dieser Tage.

Zitation: Christina Brauner, Wie politisch kann, soll und muss Geschichtsschreibung sein?. Teil 3, in: Zeitgeschichte-online, 06.09.2022, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/christina-brauner-teil-3-wie-politisch-kann-soll-und-muss-geschichtsschreibung-sein>